

Laibacher Zeitung.

Nr. 139.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzl. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 60 kr. Mit der Post ganzl. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Mittwoch, 20. Juni.

Insertionsgebühr: Für kleine Inserate bis zu 4 Zeilen 25 kr., größere per Zeile 6 kr.; bei öfteren Wiederholungen per Zeile 3 kr.

1883.

Nichtamtlicher Theil.

Laibach, 19. Juni.

Wir haben heute ein erfreuliches Ereignis zu verzeichnen.

Gustav Graf Thurn, gegenwärtig Landeshauptmann in Krain, ist als solcher auf seinen Posten mit Allerhöchster Entschliessung vom 16. September 1881 an Stelle des zum Finanzprocurator in Wien beförderten Herrn Hofrathes Ritter von Kaltenegger berufen worden. Ueber die Art und Weise, wie sich Graf Thurn seiner ehrenvollen Aufgabe entledigt habe, liegt uns das Zeugnis des Landtages selbst vor. Am Schlusse der Landtagssession vom Jahre 1881 „fühlte sich der Abgeordnete Freiherr v. Apfaltrern infolge der an ihn (von Seite seiner, d. i. der deutschen Landtagspartei) ergangenen Aufforderung und aus eigenem Antriebe angenehm verpflichtet, dem Herrn Landeshauptmann für die mühevollen Leitung der Verhandlungen des Landtages den besten Dank desselben auszusprechen“; und der Abgeordnete Dr. Poklukar erklärte bei dieser Gelegenheit, „auch er habe den willkommenen Anlaß, namens seiner Gesinnungsgenossen (der Slovenen) dem Herrn Landeshauptmann den wärmsten Dank dafür auszudrücken, daß derselbe die Landtagsverhandlungen — öfter in stürmischen Sitzungen — mit Sicherheit, immer ruhig und nach allen Richtungen unparteiisch geleitet habe“. Und zum Schlusse der vorjährigen letzten Landtagssession erhob sich in Abwesenheit des Abgeordneten Freiherrn v. Apfaltrern — des Führers der deutschen Landtagspartei — einerseits der Abgeordnete Laschan, „um dem hochverehrten Herrn Landeshauptmann für die mühevollen, nach allen Seiten hin entgegenkommende und doch stets correcte Leitung unserer Landtagsangelegenheiten den Dank des versammelten Landtages zum Ausdruck zu bringen“, andererseits aber wieder Dr. Poklukar, „um über Ersuchen der Herren seiner Partei dem Herrn Landeshauptmann für seine Beutseligkeit und Unparteilichkeit in der Leitung des Landtages den schönsten Dank auszusprechen. Diese seine Pflicht erfülle er herzlich gerne und rufe vom Herzen: Gott erhalte unseren wackern und verehrten Landeshauptmann!“ Wir können den eben erwähnten, vom Beifall des ganzen Landtages begleiteten Kundgebungen nur vollkommen beipflichten.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß Landeshauptmann Graf Thurn, der sich im Lande mit Recht der allgemeinen Sympathie erfreut, wenn er anlässlich der Neuwahlen für den Landtag sich um ein Mandat in einem oder dem anderen Wahlbezirke der Landgemeinden oder der Städte und Märkte beworben, dasselbe auch erhalten hätte; allein man hielt es für natürlich und angemessen, daß seine Candidatur in der Curie des Großgrundbesitzes angemeldet werde, da er selbst Großgrundbesitzer ist und von derselben auch für die abgelaufene Periode in den Landtag gewählt worden war.

In dieser Curie war diesmal die Wählerschaft in zwei, numerisch fast ganz gleiche Fractionen getheilt, die conservative und die verfassungstreue oder die deutsch-liberale. Graf Thurn als Candidat des Großgrundbesitzes erschien am Vorabende der Wahl in der Wählerversammlung der letzteren und wagte es hier, wenn auch nur schüchtern, eine Saite der Versöhnung anzuschlagen. Dies war der verfassungstreuen Fraction, obwohl sie der conservativen gegenüber erklärt hat, „von dem aufrichtigen und lebhaften Wunsche befeelt zu sein, die Eintracht im krainischen Großgrundbesitze und den Frieden im Lande in jeder Weise zu erhalten und zu fördern“, genug, um den Grafen Thurn

von sich zu weisen. Deshalb erhielt Graf Thurn bei der Wahl nur die Stimmen der conservativen Fraction und unterlag daher zugleich mit dieser in dem Wahlkampfe um Eine Stimme.

Angeblickt dieses Wahleresultates dachte sich die nationale Partei im Lande: ein Mann, wie Graf Thurn, welcher als Landeshauptmann dem in seiner Antrittsrede im Jahre 1881 gemachten Versprechen, „vollständige Objectivität“ gegenüber den beiden Parteien zu beobachten, getreulich nachgekommen ist und eben deshalb wiederholt das Dankesvotum derselben erhalten hat; welcher an der Spitze der Deputation gestanden, die Sr. Majestät unserem allergnädigsten Kaiser die ehrfurchtsvolle Bitte der Landesvertretung vorzutragen hatte, der Monarch möge die 600jährige Jubelfeier des Landes mit Allerhöchster Gegenwart zu verherrlichen geruhen; welcher auch im verflossenen September die vom Landtage zur ehrerbietigsten Begrüßung Sr. Majestät in der benachbarten Stadt Triest entsendete Deputation geführt hat; welcher übrigens an der Spitze des Landesausschusses bereits die Vorbereitungen zur bevorstehenden Landesfeier nach den Intentionen des Landtages getroffen hat — ein solcher Mann, dachte sich die nationale Partei, darf im Landtage selbst wohl nicht fehlen. Es fanden sich denn auch gleich einige der neugewählten Landtagsabgeordneten dieser Partei, welche bereit waren, ihren Posten im Landtage dem Grafen Thurn abzutreten. Es wurde hiezu der Posten des Abgeordneten Kuschar, Präsidenten der Handelskammer, bestimmt, weil sich in dieser Curie eine Neuwahl am leichtesten, ohne viele Wähler in Bewegung zu setzen, durchführen ließe. Heute nun wurde Graf Thurn an Stelle dieses Herrn von der Handels- und Gewerbekammer in den Landtag gewählt. Der Handels- und Gewerbestand wird gewiss für seine Interessen auch in seinem neuen Vertreter einen gewissenhaften und eifrigen Anwalt finden.

Wir unsererseits können die nationale Partei zu dem unternommenen Schritte nur beglückwünschen: sie hat bewiesen und wird es hoffentlich noch öfter beweisen, daß dem Kassandra-Rufe des „liberalen Central-Wahlcomités“ in dessen Manifeste an die Wähler, wornach „nunmehr unter dem ausschließlichen (?) und rücksichtslosen nationalen Regiment Friede und Arbeit, Cultur und Bildung kein Gedeihen finden werden“, keine weitere Bedeutung beizulegen ist.

Dem Herrn Handelskammer-Präsidenten Kuschar aber wird für seine selbstlose Haltung jeder Patriot zum Danke verpflichtet sein. So ein Mann ist übrigens für den Landtag ohnehin nicht verloren.

Zur „Decapitalisierung“ Wiens.

In der Discussion über die angeblich geplante „Decentralisation“ des Eisenbahnwesens spielt die Rückwirkung, welche etwaige den Eisenbahnbetrieb betreffende Maßnahmen, wie beispielsweise die Errichtung von Filial-Directionen oder dergleichen auf die Entwicklung und den Wohlstand Wiens üben werden, eines der hauptsächlichsten von der Opposition ins Treffen geführten Argumente. Dabei wird unter anderem auf die Schädigung, welche Wien durch den theilweisen Entgang der Communalbeiträge von der Einkommen- und Erwerbsteuer der betreffenden Bahnen erleiden werde, hingewiesen und dieser Entgang als ein schweres, gegen die Reichshaupt- und Residenzstadt geplantes Unrecht dargestellt. Nun, diese ganze Frage hinsichtlich der Communalbeiträge von der Einkommen- und Erwerbsteuer ist keine so neue, als man nach den erregten Ausführungen der intransigenten Blätter leicht vermuthen könnte; sie wurde bereits wiederholt im Reichsrathe des weiteren erörtert. Wir haben uns die Mühe nicht verbrießen lassen, in der Sammlung der stenographischen Sitzungsprotokolle des Reichsrathes

recht weit zurückzublättern, und haben da eine Reihe wertvoller Aufschlüsse gefunden, welche für die gegenwärtig so lebhaft ventilirte Frage der „Decentralisation“ der Eisenbahnen von den verschiedensten Gesichtspunkten aus von hohem Interesse sind; das erwähnte Thema wird hin und wieder in einer Weise erörtert, daß man, wenn man die vor nun zwanzig Jahren gehaltenen Reden liest, sich oft mitten in die Kämpfe der Gegenwart versetzt glaubt und namentlich bei einzelnen Aeußerungen illustre Parteiführer sich ganz verwundert fragt, woher es wohl kommen möge, daß dieselben Männer den Anschauungen, welche sie vor zwanzig Jahren mit so viel Wärme vertraten, heute mit so großer Behemehz entgegneten?

Im Jahre 1863 brachten die Abgeordneten Dr. Herbst und Genossen im Abgeordnetenhaus einen Initiativ-Antrag ein inbetreff eines Gesetzesvorschlages wegen Einhebung der Zuschläge zur Erwerb- und Einkommensteuer von Actienunternehmungen. Dieser Antrag kam am 10. December 1863 zur ersten Lesung, und Abgeordneter Dr. Herbst begründete denselben in einer längeren Rede. Er behandelte den Gegenstand hauptsächlich mit Rücksicht auf die böhmischen und galizischen Eisenbahnen und sagte unter anderem Folgendes:

„Mit der Thatsache, daß dort, wo die Steuer gezahlt wird, auch bedeutende Zuschläge gezahlt werden, ist die Folgerung verbunden, daß man, wenn die Steuer nicht dort gezahlt wird, wo sie nach der Natur der Sache gezahlt werden soll, dort nämlich, wo das Steuerobject vorhanden ist, Städten, Gemeinden, überhaupt Ländern Beträge entzieht, auf welche sie und nur sie ein Recht haben, und zwar in einer Weise, welche den Vorgang als eine höchst empfindlich belastende Besteuerung eines Landes zu Gunsten eines einzigen Landes und rücksichtlich einer einzigen Stadt erscheinen läßt. Das ist aber umso unbilliger und wird dieses Unrecht umso drückender empfunden, weil die Thatsache eintritt, daß durch den Vorgang bei solchen Unternehmungen der einzelnen Commune eine sehr große Last erwächst, zu deren Tragung sie eben durch die Communal-Beisteuerung in den Stand gesetzt werden soll. Es liegt hier ein tief- und vielgefühltes Unrecht vor, und die baldige Abhilfe dieses Uebelstandes erscheint als eine unumgängliche Nothwendigkeit. ... Wir, die Vertreter der verschiedenen Völker Oesterreichs, haben die Pflicht, offen und wahr zu sagen, wie diese Völker denken. Zu dieser Frage aber sind sie wahrhaftig einig die entschiedensten Anhänger der Reichseinheit, der Einheit des Staates, der Einheit in der Verfassung und in der Gesetzgebung, und ich glaube mich zu denen zählen zu dürfen; diese entschiedenen Anhänger der Einheit, die verscrienen Centralisten, sind es aber nicht auf demjenigen Gebiete, wo die Centralisation eine ungerechte ist; sie sind es nicht auf dem volkswirtschaftlichen Gebiete, sie sind es insbesondere nicht in der Richtung, daß die Kräfte der Länder nicht für das Reich, sondern für specielle Interessen einzelner Ländertheile übermäßig in Anspruch genommen werden. In dieser Frage glaube ich wohl sagen zu können, gibt es, in Böhmen namentlich, keine Centralisten, und ebenso darf ich wohl nach den Aeußerungen der Mitglieder aus den übrigen Ländern annehmen, auch in den anderen Königreichen und Ländern werden sie nur sehr dünn gesät sein. Ist das aber der Fall, so ist es nicht bloß eine finanziell wichtige Sache, sondern es ist von hoher politischer Bedeutung, daß man die Sache in die Hand nehme. Sie ist allerdings auch finanziell wichtig für die Reichsfinanzen, und ich erlaube mir da, auf Eines ganz speciellement aufmerksam zu machen. Es gibt Länder, zu deren Grundentlastungsfonds das Reich alle Jahre Subsidien zahlt; auch diese Länder haben Unternehmungen, deren Verwaltungsrath seinen Sitz in Wien hat. Nun ist es ein finanziell unbegreifliches Räthsel, daß der Staat alle Jahre zu den Grundentlastungsfonds dieser Länder Zuschüsse zahlt, andererseits aber von dem Einkommen jener Unternehmungen allerdings Grundentlastungszuschüsse gezahlt werden, aber nicht nach Galizien, sondern zu dem niederösterreichischen Grundentlastungsfonde, daß also der Staat es ist, welcher diesem Grundentlastungsfonde für Niederösterreich Beiträge zahlt, und zwar in demselben Betrage, welchen der galizische Grundentlastungsfond entbehren muß. Was ist das nun für eine Finanzpolitik, die lieber den Ländern zahlt, aber die Besteuerungsobjecte in diesen Län-

den anderen Ländern vorbehält und nicht dem Lande, welches die Grundbesteuerung zu bestreiten hat? Das ist nur eines; aber auch in anderer Beziehung glaube ich, von einem höheren Gesichtspunkte aus die finanzielle Seite der Frage erörtern zu sollen. Unser Herr Finanzminister kennt Oesterreich viel zu gut und weiß viel zu genau, daß man den Königreichen und Ländern die Mittel geben muß, sich zu entwickeln; daß man ihnen diese Mittel nicht entziehen dürfe und nicht entziehen zu Gunsten eines einzelnen Landes; daß die finanzielle Kraft eines Reiches nichts gewinnt, wenn die Länder, wenn die Gemeinden in den Ländern verarmen; daß mit der Verarmung der Gemeinden auch die Steuerfähigkeit des Landes zugrunde geht oder doch geschwächt wird, daß man also nichts thun darf, was dieses Uebel herbeizuführen geeignet ist. Nach jeder Richtung hin ist also diese Frage in finanzieller Beziehung von hoher Bedeutung. Sie ist es aber auch und noch mehr in politischer Beziehung, wie ich schon früher angedeutet habe; denn in politischer Beziehung ist vor allem wichtig, daß die Zahl der Unzufriedenen sich nicht vermehre."

Der Antrag wurde einem neungliedrigen Ausschusse zugewiesen und dieser arbeitete einen Gesetzentwurf aus, der am 15. Jänner 1864 zur zweiten Lesung kam, wobei Abgeordneter Dr. Herbst als Berichterstatter fungierte.

In der Generaldebatte traten als Gegner des Gesetzentwurfes, mit Ausnahme eines Triester Abgeordneten, nur Redner aus Niederösterreich auf. Abgeordneter Dr. Berger sagte unter anderem: "Wir sehen da auf einmal in einer ganz materiellen Frage das autonomistische Princip zu Ehren gekommen, freilich aber mit dem eigenthümlichen, ironisch anregenden Widerspruche, daß ein centralistischer Hebel angelegt wird, um ein autonomistisches Resultat zu erzielen." In seinem Schlusssortie bemerkte Abgeordneter Dr. Herbst, daß das Argument, von woher das Geld stamme, mit welchem die Eisenbahn-Unternehmung bestritten wird, bei Entscheidung der Frage, wohin die Unternehmung die Steuer zu entrichten habe, gar nicht in Betracht kommen könne, da man ja sonst zu der Folgerung gelangen müßte, daß, wenn eine Eisenbahn mit englischem Gelde gebaut worden ist, englische Gemeinden den Zuschlag zu fordern berechtigt seien. Auf die Provenienz des Capitals könne es daher gar nicht ankommen, "sondern es kommt darauf an, woher fließt das Einkommen der Unternehmung? Das ist bei Eisenbahnen offenbar die Gegend, wo die Unternehmungen sind." Gegen die Aeußerung des Dr. Berger über Autonomie und Centralismus gewendet, sagte in derselben Rede Dr. Herbst: "Es ist mit den Worten „Autonomie“ und „Centralisation“ in Oesterreich viel Mißbrauch getrieben worden. Wir bewegen uns, indem wir diese beiden Begriffe schroff einander entgegensetzen, auf einem Wege, der nicht der richtige, nicht der zum Ziele führende ist. Wir scheinen vielmehr, man solle ein selbständiges Leben allen Theilen lassen, insofern es mit der Einheit, wodurch wieder dieses selbständige Leben möglich wird, vereinbar ist. Man solle aber nicht dieses selbständige Leben als etwas der Einheit Entgegengesetztes, ihr Feindliches betrachten und namentlich nicht auf dem materiellen Gebiete; denn das rege Leben im ganzen Staate ist dasjenige, was Oesterreich allein über die finanziellen und volkswirtschaftlichen Klippen hinauszuführen vermag. Die materielle Existenz, das materielle Leben der Theile nicht zu schwächen, sondern zu kräftigen, ist durch die Förderung der Einheit selbst geboten; dies zu verlangen, sind die Theile und diejenigen, welche am lebhaftesten an der Einheit hängen, am entschiedensten berechtigt."

In der Specialdebatte wurde von den Abgeordneten aus Niederösterreich der Standpunkt, daß auf die Provinzen hinsichtlich der Communalzuschläge von der Einkommensteuer der Eisenbahnen kein Bedacht zu nehmen sei, noch viel schärfer hervorgehoben, und es fielen dabei einzelne Aeußerungen, die einen so frisch anmuthen, als ob man sie erst gerade gestern oder vorgestern gelesen hätte und auch heute noch, obwohl seither nahezu zwanzig Jahre verstrichen sind, im Zeitartikel eines Wiener Blattes ganz gut Verwendung finden könnten oder in der Rede eines Gemeinderathes der Reichshauptstadt der vollsten Wirkung sicher wären. So sprach am 16. Jänner 1864 Abgeordneter Dr. Schindler von dem „Kampfe“ der Provinzialstädte gegen Wien als von einem „Kampfe sehr vieler Kirchthürme gegen wenige“, bei welchem „schon die einzige hundertthürmige Stadt Prag imstande wäre, das mit Kirchthürmen nicht sehr reich gesegnete Profil von Wien zu besiegen“. Und an einer anderen Stelle derselben Rede verglich Dr. Schindler Wien mit Rom, dessen „Wachsthum von seinen Nachbarstädten nicht immer mit ungetheiltem Wohlwollen betrachtet“ worden sei, und bemerkte: „Die Anschauungen, welche gegenüber meiner Vaterstadt Wien hin und wieder bei verschiedenen Anlässen hier im Hause durchgeschimmert und durchgesiebert haben, sind solche, daß ich mir selbst die Frage vorlegen muß: was ist es denn eigentlich, warum man gegen Wien und seine Interessen mit minderem Wohlwollen auftritt, als diese Stadt, die oft voll Aufopferung an der Spitze jeder

Bewegung stand, die fruchtbar für das ganze Reich wurde, verdient? Dieses Wien ist und bleibt der Urkrystall des Reiches; dies beweist die früheste, mittlere und spätere Geschichte Oesterreichs. Es war der Krystall, an den endlich das große Kaiserreich angehängt ist. Ich weiß recht wohl, daß man Wien gern mit einem Schwamm vergleicht, der die Kraft der Provinzen an sich zieht; nichtsdestoweniger haben wir die Bewohner der Provinzen es nicht verschmähen sehen, herbeizukommen, um den Schwamm zu drücken, um auch ihrerseits einen Theil seiner Reichthümer oder seiner Erträge zu erlangen."

In derselben Sitzung ergriff Abg. Kuranda das Wort, bekämpfte mit großer Entschiedenheit jede Participation der Kronländer an den Zuschlägen der Einkommensteuer der Eisenbahnen und sagte wörtlich Folgendes: "Rationeller wäre es gewesen, wenn man gesagt hätte, da die Böhmisches Westbahn und die Südböhmische Verbindungsbahn nichts mit dem Kronlande Niederösterreich zu thun hat, so muß man den Sitz der Verwaltung dorthin verlegen, wo ihr natürlicher Standpunkt ist, in Prag, Pilsen, Pardubitz, Reichenberg u. s. w.; das wäre rationell gewesen von diesem Gesichtspunkte aus hätten Sie mit Recht sagen können, die Zuschläge der Einkünfte sind nach Böhmen und dorthin zu vertheilen, wo der Sitz der Gesellschaft ist."

In seinem Schlusssortie beantwortete Dr. Herbst die obcitirte, Wien betreffende Apostrophe des Abg. Schindler unter großem Beifalle folgendermaßen: "Mir scheint, die Schicksale Wiens sind mit den Schicksalen Oesterreichs auf das innigste verbunden. Je größer und je mächtiger Oesterreich ist, desto größer und bedeutender wird Wien sein. (Bravo!) Groß und mächtig wird Oesterreich aber nur dann sein, wenn alle die Königreiche und Länder, welche Oesterreich bilden, befriedigt werden. (Bravo! Bravo!) Wer auf das hinwirkt, der ist der wahre Freund Wiens, und ich glaube, mich zu denselben zählen zu dürfen. (Bravo! Bravo!) ... Ich glaube, es gibt noch einen anderen Standpunkt, der Wien freundlich ist, als derjenige, der um ein paar tausend Gulden auf Kosten einzelner, armer Gemeinden Wien bereichert. Man kann ein warmer Freund Wiens sein, man kann für die Größe und Schönheit seines Vaterlandes und dieser Stadt begeistert, ein treuer Sohn der letzteren sein und kann doch wünschen, daß in dieser Frage so entschieden werde, wie es — das ist die Ueberzeugung von Millionen — das Recht und die Billigkeit fordern. Und so meine ich nicht gegen die Mauern von Wien Sturm zu laufen mit dem gestellten Antrage, vielmehr daß man mit diesem Antrage, und wenn er angenommen wird, vor allem Wien befestigt und kräftigt."

Der Antrag wurde hierauf in zweiter und in der Sitzung vom 20. Jänner 1864 in dritter Lesung angenommen. Das Herrenhaus trat dem Gesetzentwurfe nicht bei, forderte aber die Regierung zu einer diesbezüglichen Vorlage in der nächsten Session auf. Im Jahre 1865 überreichte die Regierung einen Gesetzentwurf, der sich auf die „Bemessung, Vorschreibung und Einhebung der Erwerb- und Einkommensteuer von Eisenbahn-Unternehmungen“ beschränkte, dagegen die Erwerb- und Einkommensteuer von anderen Actienunternehmungen nicht tangierte.

Am 15. März 1865 begann die zweite Lesung dieses Gesetzentwurfes und Abg. Dr. Herbst, der auch diesmal wieder als Berichterstatter fungierte, erklärte in seinen einleitenden Ausführungen, daß die Regierungsvorlage zwar nicht im ganzen Umfange dem geäußerten Bedürfnisse abhelfe, daß er aber trotzdem mit Rücksicht darauf, daß man zuvörderst das Mögliche zu erreichen trachten müsse, deren Annahme empfehle.

In der Sitzung am 18. März 1865 wurde eine vom Wiener Gemeinderathe überreichte Petition verlesen. Dieselbe betonte, daß die Eisenbahn-Gesellschaften aus freiem Antriebe, der Befriedigung ihrer eigenen Interessen willen, ihren Sitz zum großen Theile ferne von der eigentlichen Stätte ihres Betriebes verlegen, und daß sie deshalb, wie sie an den Vortheilen des Gemeindelebens theilnehmen, auch die Lasten der Gemeinde mittragen müssen; daß Wien durch seine Stellung als Metropole des Reiches genöthigt sei, jahraus, jahrein große Opfer für Repräsentation zu bringen, wie keine zweite Stadt im Reiche, und daß es auch vom „höheren politischen Standpunkte“ aus nicht zu rechtfertigen sei, daß „die finanziellen Kräfte der Reichsmetropole, welche den Centralpunkt und das Bindeglied der Monarchie bildet, abgeschwächt oder gar erschüttert werden.“ Die Petition schloß mit der Bitte um Ablehnung der Vorlage.

Die Discussion wurde am 20. März fortgesetzt, wobei gleich beim Beginne der Verhandlung Dr. Herbst das Wort nahm und die in der Petition des Wiener Gemeinderathes vorgebrachten Momente Punkt für Punkt beantwortete. Er bemerkte dabei unter anderem: "Es werden politische Rücksichten für den Glanz, für die Größe der Reichshauptstadt geltend gemacht. Gewiß sind dies Rücksichten, welche die Sympathien aller Bewohner des Reiches wachrufen, allein der Ausschuss glaubt nicht verkennen zu dürfen, daß die Zufriedenstellung der Theile des Reiches denn doch auch eine hohe und wichtige politische Aufgabe sei, eine Aufgabe, an deren richtiger Lösung die Reichshauptstadt nicht

minder theilnimmt, als die Angehörigen der einzelnen Länder; daß durch die Befriedigung der Theile ein hohes politisches Interesse erreicht wird, und daß mit dieser Erreichung das Reich und vor allem auch das Centrum des Reiches gewinnt. Denn je mehr Zufriedenheit in allen Theilen des Reiches hervorgerufen wird, desto größer und blühender wird Wien; es wird dies aber nicht dadurch, daß man auf Kosten des Reiches einige hunderttausend Gulden der Reichshauptstadt zuwendet. Aber auch ganz abgesehen davon, mag dieses Argument vielleicht eine Bedeutung bezüglich der Gemeindeforschläge für Wien haben; wie man daraus aber etwas ableiten will für die Landesfonds- und namentlich für die Grundentlastungs-Zuschläge, wie daraus gefolgert werden soll, daß eine in Galizien bestehende Eisenbahn nicht dem hoch belasteten galizischen Grundentlastungsfond, sondern dem niederösterreichischen Grundentlastungsfond Zuschläge zahlen soll, das ist in der That schwer zu begreifen."

In derselben Sitzung wurde in die Specialdebatte eingegangen, und Dr. Herbst erklärte bei Begründung des Paragraphen der Vorlage, welcher jener Gemeinde, in welcher die oberste Geschäftsleitung der Eisenbahn-Unternehmung ihren Sitz hat, ein Präcipuum von der Gesamtsumme der von dieser Eisenbahn zu entrichtenden Erwerb- und Einkommensteuer einräumt, daß für eine solche „Bevorzugung oder Betheiligung desjenigen Ortes, wo sich der statutenmäßige Standort der obersten Geschäftsleitung der Unternehmung befindet, wo aber die Unternehmung selbst nicht betrieben wird, ein „eigentlicher Rechtsgrund sich schlechterdings nicht an-geben lasse“, und daß sich hierfür „ein Billigkeitsgrund nur insofern finden lasse, als es für jene, die nun einmal bisher etwas genießen, immer mehr oder weniger — wenigstens von ihrem Standpunkte — als eine Unbilligkeit erscheint, wenn sie es nicht mehr genießen sollen."

Der Abgeordnete Dr. Groß (aus Oberösterreich) war hingegen der Ansicht, „daß mit demselben Rechte, mit dem die Stadt Wien und ihre Vertreter die Zuschläge beanspruchen und darauf nicht verzichten wollen, auch die Gemeinden außerhalb Wiens und ihre Vertreter dieselben beanspruchen können“, daß für das vorgeschlagene Präcipuum sich „auch kein Billigkeitsgrund anführen“ lasse, und daß insbesondere der Umstand, daß „es denjenigen Gemeinden, welche bereits etwas beziehen, schwer fällt, auf einen Bezug zu verzichten“, nicht als ein berücksichtigungswerther „Billigkeitsgrund“ angesehen werden könne. „Zuschläge“, sagte der Redner, „sind meiner Ansicht nach nichts anderes, als Aequivalente für die Leistungen, welche die Gemeinden und respective die Länder prästieren. Jeder, der sich in den betreffenden Ländern etwas umgesehen hat, wo Eisenbahnen gebaut wurden, der wird wissen, was alles aus Anlaß des Eisenbahnbaues geleistet werden mußte. ... Und ich möchte hier vorzugsweise auch den Umstand betonen, daß die Grundentlastungs-Capitalien jener Gründe, über welche die Eisenbahnen führen, noch heute fort und fort in den gesetzlichen Raten von den betreffenden Ländern getragen werden müssen, und es läßt sich durchaus kein Grund anführen, warum denn die Unternehmungen, welche über diese von dem betreffenden Lande entlasteten Gründe führen, in einem ganz anderen Lande ihre Beiträge zur Grundentlastung leisten sollen.“ ... „Man hat“, fuhr Redner fort, „auf politische Gründe hingewiesen, durch welche man sich bemüßigt fühle, für die Stadt Wien ein Präcipuum zu schaffen; man hat darauf hingewiesen, daß Wien aus Anlaß der häufigen Repräsentationskosten und verschiedenen anderen Gründen zu vielen und bedeutenden Auslagen bemüßigt sei, von welchen die Gemeinden außerhalb Wien verschont werden. Ich gebe das zu; allein daraus folgt wohl noch immer nicht, daß man auf solche Weise ein Präcipuum schaffen solle. Wien hat schon, weil es Wien ist, ein Präcipuum vor allen anderen Gemeinden des Reiches. In Wien lebt der Allerhöchste Hof, es sind sämtliche Centralstellen, es sind der hohe Adel und überhaupt die reichen Leute in Wien ansässig, welche aus der Provinz ihre Einkünfte beziehen und dann wieder in Wien ausgeben. Das ist die natürliche Folge der Verhältnisse, und ich erwähne dessen nur, um zu zeigen, daß es nicht nöthig ist, künstliche Abzugsanäle zu schaffen, um die Einkünfte aus den Provinzen nach Wien zu leiten."

Die Abgeordneten aus Niederösterreich bekämpften die Bestimmung des § 2, weil sie auch andere Gemeinden außer Wien an den Zuschlägen der Erwerbs- und Einkommensteuer participieren lasse, insbesondere von dem Standpunkte der Interessen Wiens aus, dessen Wohlstand nicht zu-, sondern eher abgenommen habe, und traten mit großer Wärme dafür ein, „daß Wien erhalten bleibe, was Wien mit Recht genossen, und was ihm gebührt."

Der Berichterstatter Dr. Herbst erwiderte darauf in seinem Schlusssortie: "Eines sollten die Herren nicht übersehen: wenn Wien groß geworden ist, so ist es durch das Reich groß geworden (Bravo! Bravo!), daß aber das Reich durch Wien groß geworden ist, das wird selbst der couragierteste Localpatriotismus nicht rechtfertigen können (Bravo! Bravo! Rufe: Sehr gut!). ... Galizien ist ein Land, wo allerdings außer

den Städten Lemberg und Krakau meines Wissens gar keine Gemeinbezuschläge bestehen, aber die Grundentlastungsfonds sehr hoch sind, und es ist bekannt, daß der Staat alle Jahre dritthalb Millionen Gulden zu dem Grundentlastungsfonds zahlte. Nun denke ich mir, daß es dem Herrn Finanzminister viel lieber sein sollte und wahrscheinlich auch sein wird, wenn die Karl-Ludwigbahn ihre Grundentlastungszuschläge in Krakau und Lemberg zu dem Fonds zahlt, auf welchen die Finanzen des Reiches jetzt alle Jahre ihre Zuschüsse leisten müssen, da sich diese Zuschüsse dann um einen ganz gleichen Betrag vermindern würden, als wenn sie dieselben in Wien zahlt, das sich in der glücklichen Lage befindet, niemals einen solchen Zuschuß ansprechen zu müssen. Auch scheint mir, wenn man berücksichtigt, daß so viele von den östlichen Ländern so hohe Zuschläge haben, daß vielleicht aus diesem Grunde die Steuern manchmal schwerer eingehen, daß es besser ist, wenn die Zuschläge in diesen Ländern sich um den Betrag der Grundentlastungszuschläge, welche die Eisenbahnen zahlen, vermindern, weil der Staat dadurch nicht in Gefahr kommen kann, an Steuerrückständen einerseits und auch an Vorschüssen, welche an diese Fonds geleistet werden müssen, zu verlieren. . . . Wenn man aber sagt: „Also muß das bei Wien bleiben, was Wien bisher gehabt hat“, so antworte ich: Das haben aber die Provinzen nie anerkannt, sondern seit jene Entscheidung, die ich anführte, erlossen ist, hat sie einen Gegenstand unausgesetzter und fortwährender Beschwerden gebildet, und das kann ich nicht einen ruhigen Besitzstand nennen, der von dem Momente, wo er eingetreten ist, angefochten wurde, und wo bisher nur die Mittel gefehlt haben, ihn zu erschüttern.“

Auch der damalige Staatsminister R. v. Schmerling erklärte, daß von einem bestimmten Rechte Wiens, von dessen Wahrung oder Verletzung „wohl nicht die Rede sein könne, sondern, daß bei der Entscheidung dieser Frage es durchaus nur Billigkeitsgründe sind, die in Erwägung zu ziehen kommen“. Am Schlusse seiner Ausführungen bemerkte der Minister: „So ist es ein am Ende noch nicht gelöstes Problem, und der Erfolg, die Zukunft, wird es zeigen, ob die Berechnung richtig ist, die von Seite des Herrn Berichterstatters für die Staatsfinanzen oder die, welche von Seite des Abgeordneten Schindler gemacht wurde, nämlich, ob es für die Staatsverwaltung am Ende lohnender sei, wenn die Zuschläge, die bisher von Seite der Regierung zu einigen passiven Grundentlastungsfonds gemacht worden, sich bedeutend vermindern oder ob auf der anderen Seite nicht die Last dadurch für die Staatsfinanzen beträchtlicher sein werde, daß bei subventionierten Bahnen, nachdem dann durch höhere Zuschläge, die diese Bahnen zu entrichten haben, auch die Rente sich vermindert, die Staatsverwaltung in die Lage kommen würde, an Subventionen zuzulegen, das ist, wie ich glaube, eine Sache, worüber heute sehr schwer zu entscheiden ist; das ist am Ende eine Sache, über die nur die Zukunft entscheiden wird und kann.“

Bei der Abstimmung wurde der Antrag des Abgeordneten Dr. Groß, welcher derjenigen Gemeinde, in welcher die oberste Geschäftsleitung der Unternehmung ihren Sitz hat, kein Präcipuum zuerkennen wollte, abgelehnt, § 2 und die übrigen Paragraphen nach der Regierungsvorlage angenommen und der Gesetzentwurf sofort auch in dritter Lesung zum Beschlusse erhoben.

Das Herrenhaus gieng jedoch am 12. Mai 1865 über das vom Abgeordnetenhaus beschlossene Gesetz zur Tagesordnung über.

Auf Antrag des Abgeordneten Lohninger, der später neuerlich die Ausarbeitung eines Gesetzentwurfes, betreffend die Bemessung, Vorschreibung und Einhebung der Erwerb- und Einkommensteuer urgirte, wurde am 24. April 1868 ein neuer Ausschuss zur Berathung dieser Angelegenheit gewählt, welcher einen neuen Gesetzentwurf ausarbeitete, in welchem „aus Billigkeitsrückichten“ ein Präcipuum für jene Länder ausgesprochen wird, wo die oberste Geschäftsleitung der Eisenbahn-Unternehmung ihren Sitz, und zwar in einem geringeren Procentfusse, wenn nur die oberste Geschäftsleitung im Lande ist und in einem höheren dann, wenn auch die Bahn dieses Land durchzieht.

Der bezügliche Gesetzentwurf gelangte am 27ten Februar 1869 im Abgeordnetenhaus zur zweiten Lesung, bei welcher diesmal Abgeordneter Lohninger als Referent fungierte. Freiherr v. Pratobevera beschränkte sich namens der Abgeordneten aus Niederösterreich auf die kurze Erklärung, daß diese auf ihrem Standpunkte verharren zu sollen glauben, „wenn sie gleich nicht verkennen wollen, daß man in der gegenwärtigen Vorlage bemüht war, die empfindlichen Folgen, welche dem Lande Niederösterreich und der Stadt Wien durch Annahme dieses Gesetzes in ihrem Budget zugefügt werden, zu mildern.“

Das Gesetz wurde hierauf in derselben Sitzung ohne weitere Debatte in zweiter und sofort auch in dritter Lesung genehmigt; das Herrenhaus trat den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses bei, und am 12ten Mai 1869 erfolgte die Allerhöchste Sanction des Gesetzes.

Wir haben uns im Vorstehenden darauf beschränkt, aus den Verhandlungen über das in Rede stehende Gesetz nur einige nach den verschiedensten Richtungen lehrreiche und interessante Citate zum Besten zu geben. Die stenographischen Sitzungsprotokolle des Reichsrathes bieten übrigens in der jetzt so viel discutirten Frage der „Decentralisation“ der Bahnen, namentlich insofern es sich um eine angebliche „Decapitalisierung“ Wiens handelt, noch eine sehr ergiebige Fundgrube. Wenn man weitere Proben daraus wünscht, so stehen wir zu Diensten. (Presse.)

Wien, 17. Juni.

(Orig.-Corr.)

Unsere tonangebende Presse beobachtet schon seit längerer Zeit ein tiefes Stillschweigen über die Finanzlage des Staates, über welche sie seinerzeit so trübe Prophezeiungen veröffentlichte. Diese Schweigsamkeit steht einigermassen im Widerspruche mit der Aufmerksamkeit, welche die Börse und das Ausland den Finanzen Oesterreichs widmet, läßt sich aber leicht daraus erklären, daß eben diese Finanzen glänzend stehen, wie seit Jahrzehnten nicht. Es hat berechtigtes Aufsehen erregt, daß der Finanzminister auf die im Finanzgesetze vorgesehene Ausgabe von 19 Millionen Gulden Tilgungsrente verzichtet, weil die Steuereingänge und Ueberschüsse ihm gestatten, diesen Betrag den Cassenbeständen zu entnehmen.

Dieses wahrhaft glänzende Ergebnis ist wohl geeignet, allenthalben Befriedigung zu erwecken. Denn es bedeutet nicht nur, daß dem Staate für alle Zukunft eine Zinsenlast von circa 800 000 fl. erspart wird, sondern auch daß wir uns rapid dem Ziele der Beseitigung des Deficits nähern. Oesterreichs wirtschaftliche Kraft hat sich entschieden bedeutend entwickelt, und der jetzige wirtschaftliche Aufschwung ist nicht eine künstliche Blüte speculativer Thätigkeit wie 1872, sondern beruht auf solider realer Grundlage. Der wirtschaftspolitischen, reformatorischen Thätigkeit des jetzigen Cabinetts ist es zu danken, daß sich die Steuerkraft gehoben hat, und nach dem jetzigen Stande der Dinge bedarf es wahrlich weiter nichts mehr, als der Vollendung der Steuerreform, um das Gleichgewicht im Staatshaushalte endgiltig herzustellen. Im Auslande ist man auch vollständig überzeugt, daß Oesterreich bald in die Reihe der rangierten, deficitlosen Staaten treten wird, und bewertet danach auch unseren Credit. Mag die Opposition solchen Thatsachen gegenüber den Vogel Strauß spielen, wegzuleugnen vermag sie dieselben doch nicht, und sie sprechen laut genug, um die falschen Propheten der Linken zu widerlegen, welche das Deficit für permanent erklärten, weil sie es nicht wegzuschaffen vermochten.

Zur Lage.

Die „Sauregurkenzeit“ wirft in der Presse bereits absonderliche Blasen. Da lassen sich z. B. mehrere Morgenblätter aus Lemberg folgendes Märchen telegraphieren: „Landmarschall Dr. Byblikiwicz hat sich mit dem Eilzuge nach Wien begeben, um in einer Audienz bei Sr. Majestät dem Kaiser sich für den in Berlin verhafteten polnischen Dichter Krązewski zu verwenden.“ Nachdem Krązewski unseres Wissens ein Ausländer ist und auch dessen Verhaftung im Auslande erfolgte, ergibt sich aus obiger Meldung nur das Eine: daß kein Vär groß genug ist, als daß sich ihn nicht gewisse sensationslüsternen Blätter willig aufbinden ließen.

Ein Provinzialblatt brachte die ihm aus Wien zugekommene telegraphische Meldung, der Wiederzusammentritt des Reichsrathes werde am 15. October stattfinden und der Herr Finanzminister schon in einer der ersten Sitzungen des Abgeordnetenhauses in der Lage sein, den Staatsvoranschlag pro 1884 vorzulegen, mit welchem den Abgeordneten eine „ganz außerordentliche Ueberraschung“ zugebracht sein soll. Dazu schreibt die „Wiener Abendpost“: Mit Rücksicht darauf, daß die einzelnen Ministerien zur Stunde noch mit der Zusammenstellung ihrer Ressortvoranschläge vollauf beschäftigt sind und der Herr Finanzminister erst nach Einlangen aller einzelnen Voranschläge in der Lage sein kann, an die Feststellung des Gesamtterfordernisses-Ausweises zu schreiten, fällt es nicht schwer, den Wert der erwähnten Meldung richtig zu beurtheilen.

Wie Budapest Blätter berichten, wurde im ungarischen Communications-Ministerium ein umfangreicher Gesetzentwurf ausgearbeitet, welcher die Verhältnisse der Theisthal-Gesellschaften regelt. Laut demselben bleibt die Autonomie der Gesellschaften unberührt, jedoch wird das volle Controlrecht dem Staate vorbehalten.

Von den Landtagen.

In der Sitzung des steirischen Landtages am 16. d. M. wurde conform den Anträgen des Finanzausschusses zur dauernden Erinnerung an die bevorstehende Feier des sechshundertjährigen Bestandes der erlauchten habsburgischen Dynastie ein Betrag von

50 000 fl. zum Baue und zur Errichtung einer Landes-Siechenanstalt in Hartberg stiftungsmäßig gewidmet. Weiters wurde beschlossen, daß an dem Gebäude der Anstalt an einer allgemein ersichtlichen Stelle eine entsprechende, an die Widmung zur dauernden Erinnerung an die Feier des sechshundertjährigen Bestandes der erlauchten habsburgischen Dynastie in der Steiermark erinnernde Aufschrift anzubringen ist.

Vom Auslande.

Wie der „Pol. Corr.“ aus Paris gemeldet wird, betrachtet man die Eventualität eines englischen Mediations-Angebotes in der madagassischen Frage als sehr unwahrscheinlich. Sollte dieselbe wider Erwarten dennoch eintreten, so prognosticirt man dem allfälligen diplomatischen Schritte Englands kaum einen Erfolg. Nach dem erfolgreichen militärischen Einschreiten des Contre-Admirals Pierre ist kein Raum mehr für eine fremde Vermittlung.

Nach einer aus Constantinopel zugehenden Meldung hat der Minister des Aeußern Anlaß genommen, in einem an die Botschafter der Mächte gerichteten Communicate auf die Schwierigkeiten, die sich der Grenzregulierung am See von Stutari entgegenstellen, hinzuweisen, gleichzeitig aber der Zuversicht Ausdruck zu geben, daß die Angelegenheit baldigst geregelt und die Cession des an Montenegro abgetretenen Gebietes vollzogen sein werde.

Wie der „Pol. Corr.“ aus Alexandrien von guter Seite gemeldet wird, herrscht in der internationalen Entscheidungsscommission die Hoffnung, daß dieselbe ihre Aufgabe bis Ende September des laufenden Jahres gelöst haben werde. Natürlich hat dies zur Voraussetzung, daß die europäischen Commissionsmitglieder der Glut der egyptischen Sommerhitze zu trogen imstande seien.

Gerichtshalle.

Innsbruck, 17. Juni. (Ein Genosse Oberdanks.) Der Proceß gegen Giuseppe Sabbadini, 28 Jahre alt, Unterhändler aus Udine, angeklagt des Hochverrathes und versuchten Mordmordes, wurde gestern in dreizehnstündiger geheimer Verhandlung beendet. Der Angeklagte bestreitet die Mitthätigkeit am Verbrechen Oberdanks. Die einzige Hauptfrage: „Ist der Angeklagte Giuseppe Sabbadini schuldig, den Deserteur Wilhelm Oberdank dadurch in seinem Unternehmen vorsätzlich unterstützt zu haben, daß er am 15. und 16. September 1882 den genannten Wilhelm Oberdank und dessen Genossen Donato Ragosa theilweise mittelst eines Wagens von Udine nach Ronchi beförderte und deren unbeaufsichtigten Uebertritt vom italienischen Staatsgebiete auf das österreichische begünstigte, wobei die wirkliche Ausführung der Anschläge Oberdanks nur wegen der rechtzeitigen Verhaftung des Behtgenannten unterblieben ist?“, wurde mit neun Stimmen gegen drei bejaht. Sabbadini wurde des Hochverrathes schuldig erklärt und zum Tode verurtheilt.

Tagesneuigkeiten.

— (Aus den Geheimnissen eines Präsidialbureaus.) Die „Presse“ schreibt: Auswärtige Blätter veröffentlichen seltsame Berichte über Vorgänge, welche seit der berühmten Rede Dr. Mauthners im Präsidium des Gemeinderathes vorgekommen sein sollen. In diesen Berichten heißt es, der Bürgermeister sei mit den Erklärungen der Minister über die Decentralisation der Eisenbahnen so ziemlich einverstanden gewesen und wollte diese seine Meinung zur Kenntnis des Gemeinderathes bringen. Der Vicebürgermeister Dr. Prig aber habe dies verhindert, indem er darauf aufmerksam machte, daß Dr. Mauthner seine Rede bereits fertig habe und sie jedenfalls von Stapel lassen werde, da er diesmal die sichere Hoffnung habe, von der Polizei gemahregelt zu werden. Auf das bringende Bureden seines Collegen im Amte habe der Bürgermeister sich für den Abend zurückgezogen und Herrn Dr. Prig den Vorsitz überlassen, und die Demonstrationscomödie konnte ruhig vor sich gehen. So melden auswärtige Blätter. Heute freilich ist Dr. Mauthner noch nicht eingesperrt und die ganze Demonstration ist nur zum Schaden der Veranstalter verlaufen. Interessant aber wäre es, zu wissen, ob die Berichte über die Vorgänge im Präsidialbureau wahr sind oder nicht. Wir wenigstens können weder an die boshafte Intrigue des Vicebürgermeisters, noch an die Kraftlosigkeit des Bürgermeisters glauben.

— (Säcularfeier.) Archiv-Director Weiß hat das von ihm im Vereine mit dem Stadtbauamts-Director Berger entworfene Programm für die Festlichkeiten im September dieses Jahres dem Bürgermeister von Wien überreicht. In den nächsten Tagen sollen über diese Vorlage erst Beschlüsse gefaßt werden. Von der Veranstaltung eines Fackelzuges wurde bei dem Programme Umgang genommen. Die Festlichkeiten sollen sich beschränken auf die Enthüllung der Gedenktafel auf dem Rahlenberge, festliche Bewirtung der Armee-Deputationen, die Schlusssteinlegung im neuen Rathhause, Eröffnung der historischen Ausstellung und Bewirtung sämmtlicher

beim Baue beschäftigter Werkmeister und Arbeiter. Übermals wurde in Gemeinderathskreisen der Versuch gemacht, die Veranstaltung eines Banketts als unvermeidlich hinzustellen. Diejenigen aber, welche sich gegen ein solches Festgelage aussprachen, befanden sich so sehr in der Majorität, daß es wohl bei der beabsichtigten Soirée, die der Bürgermeister im Cursalon geben soll, sein Bewenden haben wird.

— (186 Kinder umgekommen.) In der englischen Hafenstadt Sunderland an der Nordsee hat sich am 16. d. M. abends ein schreckliches Unglück zugegetragen. In dem Vergnügungs-Etablissement „Victoria-hall“ hatte ein „Bauerkünstler“ Namens Bell eine Kindervorstellung veranstaltet, welcher etwa 1200 Kinder im Alter von 4 bis 14 Jahren, sehr viele natürlich in Begleitung von Angehörigen, anwohnten. Nach Schluß der Vorstellung sollte eine Preisvertheilung stattfinden. Die auf der Gallerie befindliche Kindermenge lief — wie ein Privattelegramm des „Extrablatt“ erzählt — um die Vertheilung nicht zu versäumen, in stürmischer Hast die fünf bis sechs Fuß breite Treppe herab. Durch den Ansturm fiel die Thür, welche zum Absperren der Treppe dient, ins Schloß. Der Ausgang war hiedurch plötzlich versperrt, was eine schreckliche Panik unter den Kindern, welche sich plötzlich im Finstern befanden, hervorrief. Es entstand ein fürchterliches Gedränge. Die vordersten, in der Nähe der Thür befindlichen Kinder wurden von den nachdrängenden niedergestoßen und zertreten. Als auf das Getöse der mit dem Tode ringenden Kleinen der Ausgang frei gemacht wurde, bot sich ein gräßlicher Anblick. Die Treppe war mit Leichen, Verwundeten und halbtoten Kindern bedeckt. Durch das sofort eingeleitete Rettungswerk wurden die noch lebenden Kinder ins Freie gebracht. Manche Eltern haben den Tod von drei bis vier Kindern zu beklagen. Auf dem Schreckensorte spielten sich haarsträubende Scenen unter den Eltern und Angehörigen der verunglückten Kinder ab. Eine Frau, der drei Kinder verunglückten, wurde tobsüchtig und mußte in das Hospital überführt werden. Ein Telegramm aus Sunderland vom gestrigen Tage bezieht die Anzahl der Kinder beiderlei Geschlechtes, welche durch Erdrücken und Erstickten den Tod fanden, auf 186, während die Zahl derer, die theils schwere, theils leichte Verletzungen erlitten haben, bei 300 betragen soll.

Locales.

— (Hoher Besuch.) Der Herr Landespräsident sammt Frau Gemahlin und Fräulein Tochter beehrten am 18. d. M. vormittags 11 Uhr die hiesige Eichorienkaffee- und Canditenfabrik der Firma Aug. Tschinkel Söhne mit ihrem Besuche. Von dem Chef des Etablissements, Herrn Oskar Tschinkel, empfangen und geleitet, besichtigten der Herr Landespräsident und die Damen die verschiedenen Fabriksabtheilungen mit größter Aufmerksamkeit, und waren es hiebei insbesondere einzelne Arbeiten in der Canditenfabrik, welche das volle Interesse in Anspruch nahmen. Nach mehr als einstündigem Besuche, während welchem der Herr Landespräsident wiederholt Gelegenheit nahm, Herrn Oskar Tschinkel in liebenswürdigster Weise seine lebhafteste Befriedigung auszusprechen, verließ derselbe mit den beiden Damen wieder das Etablissement.

— (Landtagswahl.) Gestern nachmittags nahm die Handels- und Gewerbekammer für Krain die Wahl eines Abgeordneten für den krainischen Landtag an Stelle des Herrn Handelskammerpräsidenten J. Rujhar vor, der sein Landtagsmandat niedergelegt hatte. Als Regierungscommissär fungierte der Herr k. k. Regierungsrath Rudolf Graf Chorinsky. Gewählt wurde einstimmig (mit 14 Stimmen) der Herr Landeshauptmann Gustav Graf Thurn-Balsassina.

— (Gemeindevwahl.) Bei der am 22. Mai d. J. stattgehabten Neuwahl des Vorstandes der Ortsgemeinde Radomlje, Bezirk Stein, wurden gewählt: zum Gemeindevorsteher Johann Kralj, zu Gemeinderäthen Franz Kastran und Josef Groselj, alle Grundbesitzer in Radomlje.

— (Von der Gewerkschaft in Litta.) Wie man uns mittheilt, wurde in den letzten Tagen ein neuerlicher bedeutender Ergaßzschuß gemacht, welcher den Bestand der Gewerkschaft mit einer stetig steigenden Blei- und Quecksilber-Production auf Decennien hinaus sicherstellt. Diese so rasch emporgeblühte Gewerkschaft mit ihren technisch vervollkommenen Bergwerks-Aufbereitungs- und Hüttenanlagen gewinnt somit in industrieller Beziehung immer mehr eine für das Land Krain nicht zu unterschätzende Bedeutung, und gebührt demnach dem Unternehmen ein aufrichtiges „Glück auf!“

— (Unbestellbare Briefpostsendungen.) Beim hiesigen k. k. Postamte erliegen seit 12. Juni nachstehende unbestellbare Briefpostsendungen, über welche die Aufgeber verfügen wollen, und zwar: J. B. 100 in Laibach (p. r.), L. J. Laibach (p. r.), Karl Graf Vancronski in Wien, Melle Jakob in Trieste, Podgorini Mar-garethe in Trieste, Schwigel Martin in Großgupf, Straß Michael in Babobrova, Schlumberger & Comp. in Wien, Uranie Matthäus in Prevole, Dechant Julius Beties

in Laibach, Weir Jakob in Trieste, Jenko Mathias in Gorica, Posch Maria in Bad Pistyan, Heine Emma in Marburg, Kavčič Eduard in Unter-Bichtenwald, Bendić Maria in Rassenfuß, Meda Helena in Krainburg, Jigon Maria in Adelsberg, A. S. in Cilli (p. r.), Primož Mathias in Wien, Springer, Handelscommiss in Radkersburg; Konradl Maria in Ries, Valoch Franz in Laibach, Ruppe Georg in Laibach, Sodenko Helena in Trieste, Bök Franz in Waag.

— (Aus den Nachbarländern.) Aus Klagenfurt schreibt man: Unlängst erhielt der kärntnerische Geschichtsverein von Herrn Karl Sacherer, Gastgeber und Fleischerhauer in Hüttenberg, einen sehr merkwürdigen hölzernen Stabkalender, welcher die Jahreszahl 1685 trägt, zum Geschenke. Derselbe ist aus hartem Holze, welches durch Alter völlig geschwärzt ist, angefertigt und besteht aus einem 42 Centimeter langen Stabe, in Gestalt einer achteckigen abgestuften Pyramide, welche an der Basis im Durchmesser 4 Centimeter 2 Millimeter und an der Stupfläche 3 Centimeter 2 Millimeter mißt. Daran befindet sich unten an der Basis ein 7 Centimeter langer Griff mit Eisen beschlagen, woran ein 12 Centimeter langes Ketten mit einem Ringe, um den Stab an der Wand aufhängen zu können, befestigt ist. Die acht Seitenflächen des Stabes sind mit horizontalen Einschnitten und 62 hieroglyphenartigen eingravierten Figuren versehen. Die Einschnitte bezeichnen die Tage, welche nach jedem siebenten durch einen Einschnitt an der rechteckigen Kante in Wochen abgetheilt sind; die Bildzeichen beziehen sich offenbar auf Festtage, astronomische Zeichen oder vielleicht auch landwirtschaftlich bedeutungsvolle Vostage. Leider fehlt uns jede Deutung, obwohl es in Hüttenberg einen alten Bauern geben soll, der noch vollkommen darin bewandert ist. Bei sorgfältiger Vergleichung mit einem neueren Kalender scheinen nur folgende Hieroglyphen-Deutungen annehmbar: Am 6. Jänner, heiligen Dreikönigtage, sind zwei über einander stehende Körbe; 25. Jänner, Pauli Bekehrung, ein schiefstehendes Kreuz; 28. Jänner, Karl der Große, eine Kaiserkrone; Ende April, Wittage, ein Kreuz; 8. Juni, Medardus, ein Biered, darin ein Kreuz; 14. Juni, Basilus, eine Kirche; 20. Juni, Silverius, ein Nadelbaum; Johannes des Täufers Tag, eine Sanduhr; 29. Juni, Peter und Paul, ein Schlüssel; 3ten August, Stefan König, ein trummer Säbel; 14. September, Kreuzerhöhung, ein großes Kreuz; 27. September, eine Wage; 31. Oktober, Wolfgang, eine Kirche. Das Ende des Jahres, wo Adam und Eva, Christfest, St. Stefan, die Feste sich häufen, ist das Feld mit sehr verschiedenen Zeichen, als: Altar, Ketz u. dergl. bedeckt. Diese culturhistorisch höchst merkwürdige Reliquie einer längst verschwundenen Zeit wird im neuen Klagenfurter Rudolphinum einen hervorragenden Platz finden.

Schöne Gletscherspuren wurden neuestens südlich von Bad Villach durch Herrn Walter hart an der Straße aufgedeckt. Beim Graben in der mächtigen Schotterterrasse, welche der Diluvialformation angehört, wurde Triaskalk entblößt, welcher aus der Thalsohle zu mächtiger Höhe aufsteigt. Dieser Kalk mit seiner hübschen, lichten Aenderung zeigt ein südliches, flaches Fallen, ist allenthalben fein poliert und mit vielen parallelen Gletscherscherrigen bedeckt, die vorherrschend nach 4h bis 5h, also Ost-Nord-Ost streichen. Das ist dieselbe Richtung, welche die Gletscherlinien in Börtschach, am Kreuzberg bei Klagenfurt u. s. w. zeigen. Ihre Entstehung gehört jener Periode der Eiszeit an, in welcher die Vergletscherung unserer Gegend bis 1500 Meter Seeshöhe am Dobratsch hinaufreichte. Der im Gletschereise eingefrorene Sand war der Polier- und Ritzstoff auf dem Gletschergrunde und an dessen Seiten. Weitere Entblößungen dieses schönen Denkmals aus der Eiszeit wird Herr Walter noch vornehmen und dürften dieselben erst recht Interessantes bringen. Vorläufig wird die Stelle abgezäunt und so für die Besichtigung erhalten.

— (Literatur.) „Die rechtliche Stellung der land- und forstwirtschaftlichen Privatbeamten in Oesterreich“ ist der Titel einer soeben über Initiative des „Bereins zur Förderung der Interessen der land- und forstwirtschaftlichen Beamten“ von Dr. Gustav Marchet, Professor der Verwaltungslehre an der k. k. Hochschule für Bodencultur, im Commissionsverlage von C. Gerolds Sohn veröffentlichten Schrift. In der letzten Sitzung des Directoriums des genannten Vereins wurde beschlossen, Herrn Professor Marchet für die Erstattung dieses höchst interessanten Gutachtens, welches eine Lebensfrage der land- und forstwirtschaftlichen Beamten behandelt und für dieselben wie für die Dienstherren gleich wichtig ist, den Dank auszusprechen und die Aufmerksamkeit aller theilhaftigen Kreise auf diese Schrift zu richten. Die Broschüre ist durch jede Buchhandlung für 80 kr. zu beziehen.

* Alles in dieser Rubrik Angezeigte ist zu beziehen durch die hiesige Buchhandlung Jg. v. Kleinmayr & Fed. Bamberg.

Neueste Post.

Wien, 19. Juni. (Wiener Zeitung.) Se. k. und k. Apostolische Majestät sind gestern, den 18. d. M., abends nach Ischl abgereist.

München, 18. Juni. Ihre Majestät die Kaiserin Elisabeth reist um 8 Uhr abends mittelst Extrazuges von Feldafing nach Ischl.

Wien, 19. Juni. Der Landtag hat heute die Anträge seines Ausschusses, welcher die besondere Milderung der Volks-Schulnovelle auf das Wohl des Landes einer Berathung unterzog, mit Majorität zum Beschlusse erhoben. Der Statthalter hatte gegen die einzelnen Anträge vom Standpunkte der staatlichen Executive in entschiedener Weise Einsprache erhoben und im Interesse der gesetzlichen Ordnung und der Stellung des Landesausschusses die Ablehnung der Ausschussanträge empfohlen.

Jakobeny, 18. Juni. Feldmarschall-Lieutenant Ritter von Giesl ist von Marmaros-Szigeth über Kirlibaba in Jakobeny angekommen und hat die Inspektion der Reise nach Kimpolung fortgesetzt.

Paris, 19. Juni. Bei dem gestern Canzio zu Ehren gegebenen Bankette zu 200 Gedecken wurden zahlreiche Toaste auf die Vereinigung Frankreichs und Italiens und die Verbrüderung der Völker ausgebracht.

Paris, 19. Juni. Ein Telegramm des Admirals Pierre aus Tamatave (Madagaskar) vom 13. d. M. meldet: Unser Ultimatum wurde verworfen, hierauf Tamatave und die dortige Douane genommen, Foulepoint, Monamoo und Fenerife zerstört. Unsererseits niemand verwundet. Die Position ist stark. Die Howas flüchteten sich. Die Hauptoperation ist damit zu Ende. Wegen der gemischten Bevölkerung wurde der Belagerungszustand proclamiert.

London, 18. Juni. Das Unterhaus verwarf mit 151 gegen 117 Stimmen den Antrag Northcotes, daß Bright durch seine jüngsten Aeußerungen bei der Jubiläumsfeier in Birmingham die Privilegien des Parlaments verlegt habe.

Tunis, 18. Juni. Infanterie-, Cavallerie- und Artillerie-Detachements wurden von Gassa und Tebeffa gegen einen Marabut entsendet, der in Tametsa im Südwesten von Tunis den heiligen Krieg predigt und bereits zahlreiche Anhänger hat.

Handel und Volkswirtschaftliches.

Oesterreichisch-ungarische Bank. Stand vom 15. Juni 1883: Banknoten-Umlauf 342 737 000 fl. (— 908 000 fl.), Silber 120 100 000 fl. (— 45 000 fl.), Gold 68 434 000 fl. (— 21 000 fl.), Devisen 10 906 000 fl. (— 126 000 fl.), Portefeuille 131 785 000 fl. (+ 9000 fl.), Lombard 22 038 000 fl. (+ 167 000 fl.), Hypothekendarlehen 88 100 000 fl. (+ 74 000 fl.), Pfandbriefumlauf 83 226 000 fl. (+ 489 000 fl.)

Rudolfswert, 18. Juni. Die Durchschnitts-Preise stellten sich auf dem heutigen Markte wie folgt:

	fl.	kr.		fl.	kr.
Weizen pr. Hektoliter	7	58	Eier pr. Stück	—	11
Korn	—	—	Milch pr. Liter	—	8
Gerste	4	55	Rindfleisch pr. Kilo	—	48
Hafer	2	61	Kalbsteisch	—	48
Halbschrot	—	—	Schweinefleisch	—	48
Heiden	4	88	Schöpfenfleisch	—	40
Hirse	—	—	Hähnchen pr. Stück	—	30
Kukuruz	5	37	Lauben	—	20
Erbsen pr. Meter-3tr.	2	80	Hen pr. 100 Kilo	—	—
Linsen pr. Hektoliter	—	—	Stroh 100	—	—
Erbsen	—	—	Holz, hartes, pr. Cubit-	—	—
Bohnen	—	—	Meter	2	71
Rindschmalz pr. Kilo	—	88	weiches	—	—
Schweinefleisch	—	96	Wein, roth, pr. Hektolit.	16	—
Speck, frisch	—	60	weisses	10	—
Speck, geräuchert	—	80			

Angekommene Fremde.

Am 18. Juni.
Hotel Stadt Wien. Terpotitz, Werkdirector, Graßnigg. — Oberaigner, Oberförster, Schneeberg. — Hostnik und Stent, Ritz. — Sommaruga, Reiz, Benedig.
Hotel Elefant. Morin, k. k. Fencapitän, Istrien. — Scheit, Ingenieur, Wien. — Tazil, k. k. Notar, Schönstein. — Dra-schen, k. k. Geometer, Klagenfurt. — Domladi, Besitzer, sammt Familie, Jllur.-Feistritz. — Silbermagel, Bozen. — Dežela, Bädermeister; Gruden und Sojan, Zbria. — Marini, Rkm., Bishofslad.
Bairischer Hof. Aretoritsch, Hohenegg.

Verstorbene.

Den 18. Juni. Karl Kappel, Tagelöhner, zuletzt Zwängling, 43 J., Polanadam Nr. 50, Dysenterie.
Den 19. Juni. Anna Borsimer, Gastwirthens-Tochter, 19 J., Petersstraße Nr. 41, Lungensucht.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Juni	Zeit der Beobachtung	Barometerstand in Millimetern auf 0° C. reducirt	Lufttemperatur nach Celsius	Wind	Richtung des Windes	Niederschlag in Millimetern
19.	7 U. Mg.	726,49	+13,2	W. schwach	bewölkt	6,60
2	„ „	728,89	+17,2	SW. schwach	bewölkt	Regen
9	„ „	730,13	+12,0	Windstill	bewölkt	—

Bewölkt, tagsüber öfter starke Regengüsse. Frisch gefallener Schnee auf den Alpen. Das Tagesmittel der Wärme + 14,1°, um 4,4° unter dem Normale.

Verantwortlicher Redacteur: B. v. Radics.



Depôt der k. k. Generalstabs-Karten.

Maßstab 1:75,000. Preis per Blatt 50 kr., in Taschenformat auf Leinwand gespannt 80 kr.

Jg. v. Kleinmayr & Fed. Bamberg's Buchhandlung in Laibach.